

D G B

Pannen bei der Personalsuche

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der gewerkschaftsnahen Hans Böckler Stiftung soll eine neue Leiterin bekommen – mit zweijähriger Verspätung. Eine Findungskommission hat sich auf eine Nachfolgerin der bisherigen Institutsdirektorin Heide Pfarr geeinigt. Pfarr war bereits im Sommer ausgeschieden. Seitdem blieb die Stelle unbesetzt – und die Suche nach einer Nachfolgerin war mit einigen Pannen behaftet. Zuvor musste die 67-jährige Pfarr bereits zwei Jahre länger als vorgesehen im Amt bleiben, weil es die Stiftung vor der regulären Altersgrenze von 65 Jahren versäumt hatte, eine Nachfolgerin für das WSI zu suchen. Weil unbedingt erneut eine Frau an die Spitze sollte, wurden mehrere Kandidatinnen angesprochen, die allerdings nach erfolgter Einigung wieder zurückzogen: so etwa Ute Klammer, Prorektorin der Universität Duisburg-

Essen, und Andrea Römmele von der Hertie School of Governance. Weitere Kandidatinnen winkten nach einem ersten Gespräch mit DGB-Chef Michael Sommer ab, sie hatten offenbar die Befürchtung, in ihrer Forschung eingeschränkt zu werden und gewerkschaftskonforme Ergebnisse erzielen zu müssen. Beim DGB heißt es, man habe diese Erwartung nicht formuliert, einige der Kandidatinnen hätten von ihren bisherigen Arbeitgebern schlicht bessere Angebote erhalten.



Sommer

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

MINDESTLOHN

Union verhandelt mit sich selbst

Trotz anhaltenden Widerstands beim Wirtschaftsflügel der Union geht die Suche nach einem parteiinternen Kompromiss zum Thema Mindestlohn in der CDU weiter. In der kommenden Woche werden sich Vertreter des Arbeitnehmerflügels und des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und

des Bundesarbeitsministeriums zu einem Gespräch treffen. Darauf verständigte sich Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen bei einem Treffen mit den Mitgliedern des PKM am vergangenen Dienstag. Ziel ist es, eine gemeinsame Linie beim Mindestlohn für Gespräche mit dem Koalitionspartner FDP zu finden. Seit dem

Leipziger Parteitag im November streitet die Union erbittert darüber, wie das dort verabschiedete Votum zu interpretieren ist, für die Einführung einer „allgemeinen verbindlichen Lohnuntergrenze“ in den Bereichen zu sein, in denen kein tarifvertraglich festgelegter Lohn existiert. Teile des Wirtschaftsflügels lehnen nach wie vor einen allgemeinen Mindestlohn ab.



DGB-Aktion für Mindestlohn

MARKUS HIBBELER / DAPD